

München: Kampagne „Kein Bier für Nazis“ droht Wirten mit Entzug der Konzession



Das linksverdrehte München macht erneut mobil gegen alles, was sich nicht der verordneten „Bunt“-Propaganda unterordnen will und daher vermeintlich „Rechts“ ist. Die Stadt München, repräsentiert durch die extrem linke Leiterin der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ und der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband Dehoga, vertreten durch den politisch hochkorrekten Wirt des Löwenbräukellers, stellten das gemeinsame Programm vor. Es soll verhindern, dass sich „Rechte“ in Münchner Gastwirtschaften versammeln können. Es wird sogar ganz offen mit dem Entzug der Konzession gedroht, falls sich Lokalinhaber dieser diktatorischen Verordnung widersetzen.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Süddeutsche Zeitung berichtet frohlockend, dass nun auch

schon der „Rechtspopulismus“ in die „Nazi“-Kategorie fällt:

Vornehmliches Ziel der Kampagne ist es, Wirte darüber aufzuklären, wie sie Rechtsextremisten von ihren Lokalen fernhalten können. Denn es kommt immer wieder vor, dass Wirte nicht wissen, dass sich eine rechtsextreme oder rechtspopulistische Gruppe in ihrem Lokal eingemietet hat.

Auch Christian Schottenhamel hatte erst kürzlich mit den Rechtspopulisten von der Bagida zu tun, die nach einer ihrer Demonstrationen in seinen Biergarten gekommen waren. Nachdem sie angefangen hätten, ihre Parolen zu verbreiten, habe er sie gebeten, auszutrinken und den Biergarten zu verlassen. „Dann haben sie absichtlich langsam getrunken und sind auch auf eine weitere Aufforderung nicht gegangen“, erzählt Schottenhamel. „Wir mussten die Polizei rufen, die hat sie dann rausgetragen.“

Es geht also ganz offensichtlich nicht nur gegen „Nazis“, sondern gegen alles, was sich dem linken Meinungsfaschismus widersetzt und nicht brav die „München ist bunt“-Propaganda nachflötet. Pegida und andere islamkritische sowie sich dem Asylmissbrauch widersetzende Bewegungen sollen mit allen zur Verfügung stehenden, auch anti-demokratischen, Mitteln bekämpft werden. Merke: Wer Nazi ist, bestimmen die linken Faschisten:

Deshalb empfehlen Stadt und Dehoga, sich vorher rechtlich abzusichern und zunächst genau nachzufragen, um welche Art von Veranstaltung es sich handelt. Darüber hinaus sei es ratsam, im Zweifelsfall bei Großveranstaltungen einen schriftlichen Mietvertrag aufzusetzen, in dem rechtspopulistische Inhalte explizit untersagt sind und – ein wichtiger Teil der Kampagne – schon von außen deutlich Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen.

Der Weg führt immer deutlicher in eine linke

Gesinnungsdiktatur. Für sich nicht unterordnende Wirte droht man ganz offen mit der Existenzvernichtung:

Miriam Heigl betont, gerade in München bestehe eine historische Verantwortung, rechte Umtriebe schon im Keim zu ersticken. Wenn aber ein Wirt bereitwillig seine Räume Nazis zur Verfügung stelle, mische sich die Stadt nicht ein. Stattdessen werde die Dehoga informiert, die dann mit den Brauereien redet. Die können Wirten in solchen Fällen auch die Konzession entziehen.

Ein an diesen ungeheuerlichen Vorgängen interessierter Anwalt hat dem Präsidenten der Dehoga, Ulrich Brandl, bereits eine email geschrieben:

Sehr geehrter Herr Brandl,

ein Herr Andreas Schubert von der Süddeutschen Zeitung behauptet öffentlich folgendes:

„Wenn aber ein Wirt bereitwillig seine Räume Nazis zur Verfügung stelle, ... werde die Dehoga informiert, die dann mit den Brauereien redet. Die können Wirten in solchen Fällen auch die Konzession entziehen.“

Der Begriff „Konzession“ wird im allgemeinen als eine **behördlich zu erteilende Genehmigung** verstanden. Dies vorausgesetzt, ist Herr Schubert wohl so zu verstehen, dass Brauereien, **durch den von Ihnen vertretenen Verband angestiftet, Einfluss auf die Tätigkeit einer Behörde nehmen.**

Wollen Sie Herrn Schuberts Behauptung so im Raum stehen lassen? Wäre da nicht eine Abmahnung der Süddeutschen Zeitung i.V.m. dem Verlangen einer Gegendarstellung angebracht?

Mit freundlichen Grüßen

In der Abendzeitung sind die beiden Repräsentanten dieser diktatorischen Kampagne im Bild zu sehen: Miriam Heigl hatte vor ihrer Anstellung bei der Stadt München als oberste Kämpferin gegen „Rechts“ Artikel für die marxistisch orientierte Zeitung „Probleme des Klassenkampfes (Prokla)“ geschrieben. Christian Schottenhamel beteiligte sich schon im Zuge der Anti-Freiheit-Kampagne vor der Kommunalwahl 2014 am Lokalverbot gegen mich, da ich angeblich „rassistisch“ und „ausländerfeindlich“ sei. Im Rahmen dieser Aktion werden nun alle 7000 Münchner Wirte angeschrieben und erhalten einen großen Aufkleber, den sie an ihre Tür anbringen sollen:

„München ist eine bunte und tolerante Weltstadt. Wir freuen uns, wenn möglichst viele Wirte das couragiert und weithin sichtbar machen, indem sie den Aufkleber „München ist bunt“ an ihrer Tür anbringen“, sagt Miriam Heigl von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus. „Wenn Wirte Unterstützung brauchen, helfen wir gern.“

Neben einem Brief von OB Dieter Reiter bekommen alle Wirte je zwei Aufkleber mit dem Slogan „München ist bunt! ... auch in Gaststätten und Hotels“. Die können sie an der Tür oder in der Wirtschaft anbringen.

Das von den linken National-Sozialisten durchgesetzte „Kauft nicht bei Juden“ erfährt nun ein Äquivalent durch das von den International-Sozialisten geforderte „Kein Bier für Nazis“. Sogar Bürger sollen sich an dieser Diffamierungskampagne beteiligen:

Auch die Münchner Bürger können sich die Aufkleber bestellen (per E-Mail an: fgr@muenchen.de), damit dann zu ihrer Lieblingsgaststätte gehen und den Wirt bitten, den Aufkleber anzubringen.

Die Blockwarte in Form von zwei Bezirksausschussmitgliedern von SPD und Grüne aus dem Münchner Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach waren bereits in einer Münchner Gaststätte, um eine dort seit Jahren regelmäßig stattfindende Versammlung der Münchner PI-Gruppe zu unterbinden. Es wurde knallhart mit dem Pächter des Lokals, der Brauerei, gedroht. Wer beruflich überleben möchte, fügt sich. Auch die Wirtin in diesem Fall.

Bereits Anfang des Jahres gründete der dunkelrote Ex-OB Ude gemeinsam mit anderen linken Meinungsfaschisten wie dem Grünen Benkert den Verein „Before“. Das Kürzel steht für „Betroffene rassistische und rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung“. Dieser Verein soll natürlich auch gegen Pegida vorgehen, wie diesem Ausschnitt aus einer Reportage von München TV zu entnehmen ist:

Dieser Anti-Rechts-Verein soll laut Abendzeitung München mit 270.000 Euro jährlich von der Stadt München gefördert werden. So bekommen der 1. Vorsitzende Ude und sein Geschäftsführer Benkert genügend Geld, um gegen alles vermeintlich „Rechte“ hemmungslos hetzen zu können. Die DDR 2.0 wird Stück für Stück realisiert.

Endstation Links: Archipel Gulag

(Spürnase: Calimero)